



STÄDTETAG
BADEN-WÜRTTEMBERG

PRESSEINFORMATION

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Bearbeiterin
Christiane Conzen

E christiane.conzen@staedtetag-bw.de
T 0711 22921-48
F 0711 22921-42

Az 042 - P 421/2022 · Co/KI

04.04.2022

Der Städtetag Baden-Württemberg diskutiert in all seinen Gremien die Folgen des Ukraine-Kriegs für die Städte, ebenso wie mögliche Beiträge aus kommunaler Sicht

Stuttgart. Länger geplant, jetzt aber hochaktuell befasste sich der Umweltausschuss des Städtetags in seiner Sitzung in der vergangenen Woche umfassend mit den Perspektiven der Erdgas-Infrastruktur in der Wärmewende. Prof. Dr. Leprich von der htw saar zeichnete in der Sitzung ein komplexes Bild der Abhängigkeiten vom Rohstoff Gas, von dem neben der Erzeugung von Wärme und Warmwasser ganze Industriezweige wie die Ernährungswirtschaft, die Chemie-wirtschaft, aber auch die Stromerzeugung abhängen.

„Die aktuellen Entwicklungen in der Ukraine und die Unge-wissheit im Zusammenhang mit Gaslieferungen aus Russ-land lassen diese Abhängigkeiten noch einmal in einem ganz neuen Licht erscheinen“ berichtet Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Gudrun Heute-Blum aus der Sitzung.

„Klar ist, dass wir schnell aus der Wärmeerzeugung mit Gas aussteigen müssen. Dabei spielen kommunale Wärmenetze eine zentrale Rolle“ ergänzt sie. Etwa 50% des in Deutsch-land verbrauchten Gases kommen aus Russland. Davon wiederum die Hälfte wird für die Wärmeerzeugung benötigt. Kommunale Wärmenetze, die eine Versorgung der Haushal-te mit erneuerbarer Wärme ermöglichen, bieten daher ein großes Potential beim dem Vorhaben, die Abhängigkeit vom Rohstoff Gas zu reduzieren. Allerdings wird dies nicht kurz-fristig, insbesondere nicht mit Blick auf den nächsten Winter, vollständig umsetzbar sein. Hier kommt es darauf an, die vorhandenen Gasspeicher wieder aufzufüllen und gleichzei-tig den Verbrauch zu reduzieren.

Im Erfahrungsaustausch der Rathauspitzen wird die Frage gestellt nach dem Beitrag der Stadtwerke. Einerseits sind sie der Dreh- und Angelpunkt der Gasnutzung in den Städten. Sie können teilweise die Stromproduktion von Gas auf andere Energieträger umstellen, können aber auch in den von ihnen betriebenen Einrichtungen Temperaturen drosseln.

Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister wollen es nicht beim bloßen Appell belassen. „Die Menschen im Land müssen spüren, dass sie dieser Krieg direkt trifft und betrifft, dass sie aber auch einen konkreten Beitrag im Alltag zu leisten haben.“ In Sporthallen und Schwimmbädern sollen die Temperaturen abgesenkt werden. „Wir sind daher alle aufgerufen, Energie zu sparen. Dabei kann jede und jeder Einzelne seinen Beitrag leisten: die Wohnung etwas weniger heizen, Strom einsparen, etwa durch besonders energiesparende Geräte im Haushalt, statt dem eigenen Kfz den ÖPNV nutzen etc.“

Vor diesem Hintergrund ist es aus Sicht der Stadtoberhäupter auch naheliegend, ein temporäres Tempolimit einzuführen, so wie in der Ölkrise vor 40 Jahren als der autofreie Sonntag den Menschen den Ernst der Lage vor Augen führte. Das Tempolimit wird inzwischen in fast allen politischen Lagern diskutiert und von der Wirtschaftsweisen Prof. Veronika Grimm als Übergangsmaßnahme empfohlen, insbesondere flankierend zu einem schnellen Öl-Embargo.